

liche Überzeugung oder die politische Gesinnung strafen zu wollen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Betätigung zu erzwingen. Ferner beschloß der Kongreß eine den Antisemitismus scharf verurteilende Resolution, eine Resolution zur Krisenfrage, sowie mit 236 gegen 5 Stimmen eine Resolution, die, unter Hinweis auf den herrschenden großen Geschäftsdruck, die Proklamierung der allgemeinen Arbeitsruhe für den 1. Mai 1893 für undurchführbar erklärte und dafür empfahl, die Feier am Abend des ersten Mai abzuhalten.

In der Debatte über den Boykott und die gewerkschaftliche Kontrollmarke kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem Referenten, Ignaz Auer, und dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Karl Legien, die gegensätzliche Auffassungen vermuten ließen. Diese Auseinandersetzungen wurden nach dem Kongreß brieflich und auch in der Presse fortgesetzt und nahmen einen sehr gereizten Charakter an. Demgemäß ward die Frage des Verhältnisses der Parteigenossen zu den Gewerkschaften auf die Tagesordnung des nun folgenden Parteitages gestellt, der vom 22. bis 28. Oktober 1893 in Köln a. Rh. Sitzung hielt. Nach Referaten von Auer und Legien und einer sehr lebhaften Debatte, in der die Geister hart aneinander gerieten, ward eine Resolution, die es für die Pflicht jedes Genossen erklärte, sich, sofern nicht zwingende Gründe ihn hindern, der Gewerkschaft seines Berufes anzuschließen, mit 169 gegen 29 Stimmen abgelehnt, und darauf die Resolution des Referenten angenommen, die es für Pflicht der Genossen erklärte, „unermüdlich für die Erkenntnis der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Entschiedenheit für deren Stärkung einzutreten“. Bezüglich der Maifeier nahm der Kongreß, gemäß den inzwischen auf dem Internationalen Arbeiterkongreß von Zürich in dieser Sache gefaßten Beschlüssen, eine von Liebknecht vorgelegte Resolution an, die erklärte, daß die Partei die allgemeine Arbeitsruhe als würdige Feier des ersten Mai erstrebt, bei der gegebenen Wirtschaftslage aber nur denjenigen Arbeitern und Organisationen die Arbeitsruhe empfehle, die dazu ohne Schädigung der Arbeiterinteressen imstande seien. Der Kongreß wiederholte nach einem eingehenden Referat Bebels, das später erweitert als Broschüre herausgegeben wurde, eine schon vom Berliner Kongreß angenommene Resolution gegen den Antisemitismus, und erklärte sich, entgegen einer von Ed. Bernstein in der „Neuen Zeit“ entwickelten Anregung, einstimmig gegen jede Beteiligung an den Landtagswahlen in Preußen unter dem Dreiklassenwahlsystem. Dagegen fand ein Antrag Annahme, ein Wochenblatt der Partei herauszugeben. Dieses Blatt trat am 1. Februar 1894 unter dem Titel „Der Sozialdemokrat“ in Berlin ins Leben, fand indes nicht die genügende Verbreitung, und so wurde, laut Beschluß des Breslauer Parteitages (1895), sein Erscheinen mit Ende November 1895 wieder eingestellt.

Über die nun folgenden Kongresse mögen summarische Zusammenfassungen Bericht geben.

Frankfurt a. Main (21. bis 27. Oktober 1894). Debatte über Budgetbewilligungen im bayerischen und anderen süddeutschen Landtagen. Eine Resolution, die den Abgeordneten der Partei in den Landtagen die Verweigerung der Budgets zur Pflicht macht, wird mit 164 gegen 64 Stimmen abgelehnt, nachdem ihr mit 131 gegen 103 Stimmen ein Amendement (Stadt-